

en Brenta und Piave

Oesterreich und die polnische Frage. 4

Von Professor Dr. Paul Samassa-Wien.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in den bevorstehenden Verhandlungen mit Rußland auch die polnische Frage berührt wird, und da mag es nützlich sein, einige Mißverständnisse richtigzustellen, die sich bei den Erörterungen über diese Frage in der Presse geltend gemacht haben. Sie beziehen sich in erster Linie auf die Triebfedern der österreichischen Politik in der Polenfrage. Man meint, sie sei von einem unermesslichen Ehrgeiz besessen, und ein Oesterreich, das territorial gewaltig vergrößert, sich nun dem Deutschen Reiche auch im Osten vorlagere, nachdem es schon im Süden von Bregenz bis Oberberg Nachbar ist, erscheint um so mehr als eine mögliche Gefahr in der Zukunft, als man befürchtet, daß die Polen die auswärtige Politik der Donaumonarchie maßgebend beeinflussen würden. Vielleicht spielt dynastischer Ehrgeiz bei der Wiener Politik wohl eine gewisse Rolle, entscheidend war er für die Stellungnahme in der Polenfrage zweifellos nicht. Von Anfang an war hier ein ganz anderes Motiv bestimmend, das vielleicht zu sehr österreichisch ist, als daß es im Reiche so leicht verstanden werden könnte: die Verlegenheit, was man mit Galizien anfangen soll.

Die Polen hatten sich seit Beginn der konstitutionellen Ära in Oesterreich wirklich über nichts zu beklagen. Im Wiener Reichsrat waren sie das Zünglein an der Wage und ließen sich ihre Stimmen immer gut bezahlen; in Galizien machten sie, was sie wollten, obwohl sie, wenn man die zahlenmäßige Mehrheit im Lande besitzt, nicht einmal die führende Polen es immer wieder ausgesprochen, daß sie Oesterreich nur als ein Notdach betrachten, bis das polnische Reich wieder auferstehen werde in Glanz und Herrlichkeit. Die nationale Ideologie hat eben immer allein die polnische Politik bestimmt.

Kaum war der Weltkrieg ausgebrochen, so rannten die polnischen Abgeordneten auch schon am Ballplatz das Haus ein und forderten die Angliederung Kongreßpolens an Galizien, was denn auch vom Grafen Berchtold schleunigst als österreichische Forderung nach Berlin weitergegeben wurde. Kaiser Franz Josef hatte dann aber das gesunde Empfinden dafür, daß derartige Ansinnen nicht ganz zeitgemäß seien, und so wurden die Verhandlungen auf bessere Tage verschoben; der siegreiche Vormarsch der Verbündeten im Frühjahr 1915 und die Eroberung von ganz Kongreßpolen machte die Frage wieder aktuell. Bethmann Hollweg war damals der „austropolnischen“ Lösung geneigt, stellte aber begreiflicherweise gewisse Bedingungen; der inzwischen Minister des Aeußeren gewordene Baron Burian hatte es aber mit Verhandlungen nicht sehr eilig und sagte den Polen, die ihn drängten, man würde Kongreßpolen auch bedingungslos bekommen, man müsse nur warten — Deutschland könne mit Polen doch nichts anfangen. Das klang den Polen zunächst sehr angenehm, später haben sie aber Burian beschuldigt, er habe sie hintergangen, weil er von einer Angliederung Polens an Oesterreich als Madjare und Schatten Tiszas nichts habe wissen wollen. Sie tun ihm da vielleicht unrecht, er war doch nicht nur der Schatten Tiszas. Sein Plan war, Polen zu Oesterreich in das gleiche Verhältnis zu bringen, in dem Kroatien zu Ungarn steht, also ein „Subdualismus“ statt des Triasimus; dieses Programm ist aber ganz undurchführbar, wenn wirklich ganz Kongreßpolen oder der größte Teil davon mit Galizien vereinigt wird, weil es sich dann um ein Land von etwa 20 Millionen Bewohnern handelt, das dem ganzen übrigen Oesterreich also an Bewohnerzahl gleichkommen würde. Ein solches Land kann man aber nicht als ein abhängiges Anhängsel behandeln, wie dies Ungarn mit Kroatien tut. Das gibt natürlich dem Zweifel Nahrung, ob Burian wirklich an ganz Kongreßpolen gedacht hat oder nur an ein Stück davon.

Die Niederlage von Lucé im Spätfrühling 1916 zwang den Ballplatz dann, sich dem inzwischen geänderten Standpunkt der Berliner Regierung anzupassen. Die galizischen Polen tobten, und auch das Versprechen der Sonderstellung Galiziens vom 5. November 1916 konnte sie nicht beruhigen. Denn an der Sonderstellung in Oesterreich liegt ihnen nichts, weil sie sie ja tatsächlich besitzen; sie wollen im neu erstandenen Königreich die erste Geige spielen. Die Einberufung des österreichischen Parlaments gab ihnen dann Gelegenheit, ihrem Groll auch praktischen Ausdruck zu geben, was jedenfalls den Grafen Czernin anfeuernte, ihre Wünsche möglichst rasch zu befriedigen. Ihr Verhalten wirft übrigens ein bezeichnendes Licht auf die Zukunft, falls es den Polen sehr wider ihren Willen beschieden sein sollte, im österreichischen Parlament zu verbleiben. Die Polen haben sich mit den Tschechen und Südslawen, die aus ihren Entente-sympathien gar kein Hehl machen, verbündet, die deutschen Abgeordneten waren in die Minderheit gedrängt, mit ihnen aber auch der österreichische Staatsgedanke und die Büdnistreu zum Deutschen Reich. Und da möchte ich einen Irrtum berichtigen, der in vielen Ausführungen

20
44